

20.07.2011

Meinung

TREIBHAUSEFFEKT

Ein einfaches System zur Bekämpfung des Klimawandels

Der Clou ist die Vernetzung des nationalen Handels von Emissionen.

Ulrich Hacker Es ist löblich, dass auf Initiative der Bundesregierung der Weltsicherheitsrat heute unter deutschem Vorsitz über die Auswirkungen des Klimawandels auf den Weltfrieden und die Sicherheit einzelner Staaten diskutiert. Doch ändert dies nichts daran, dass die Uno-Klimaschutzverhandlungen festgefahren sind.

Dabei ist die Lösung für einen tatsächlich wirksamen globalen Klimaschutz längst bekannt: ein internationales, erweitertes System handelbarer Emissionsrechte. Nur ein solches System, das langfristig alle Länder einbezieht und um alle Wirtschaftssektoren erweitert wird, kann die globalen Treibhausgasemissionen zuverlässig begrenzen und gleichzeitig die damit verbundenen Kosten minimieren. Nur wenn beides glaubwürdig erreicht wird, kann die Politik die Unterstützung ihrer Bürger gewinnen.

Die Politik muss Ziele vorgeben: etwa den Temperaturanstieg auf maximal zwei Prozent zu begrenzen. Und das Jahr festlegen, ab dem die globalen Emissionen nicht mehr ansteigen, sondern wieder absinken werden. Dann kann die Klimawissenschaft angeben, wie viele Treibhausgase global in den nächsten Jahrzehnten jährlich maximal emittiert werden dürfen. Dieser Pfad definiert die jährlichen Budgets an Emissionsrechten, die der Weltwirtschaft zur Verfügung gestellt werden können. Diese Emissionsrechte werden versteigert und sind anschließend frei handelbar. Dadurch wird erreicht, dass weltweit nur die kostengünstigsten Maßnahmen durchgeführt werden.

Bleibt noch, das Problem der Verwendung der Versteigerungserlöse zu klären. Diese sind in "gerechter und fairer" Weise auf die Staaten aufzuteilen. Langfristig akzeptabel erscheint nur das Pro-Kopf-Kriterium. Natürlich würde dies praktisch einen großen Geldtransfer von den reichen zu den armen Ländern bedeuten, aber dies ist auch nur gerecht, denn alle Menschen haben gleiche Grundrechte einschließlich des Rechts auf Nutzung der Erdatmosphäre. Deshalb sollten die Regierungen diese Gelder auch direkt an ihre Bürger weiterleiten. Jedenfalls gehören die Versteigerungserlöse weder der emittierenden Industrie noch den Ministerialbürokratien.

Bereits kurzfristig könnte dieses Konzept mit der Verlinkung der bestehenden regionalen und nationalen Systeme (EU, Neuseeland) mit den in Vorbereitung oder geplanten Systemen (Australien, Japan, Korea, China, USA, Mexico u.a.) starten und schrittweise durch Andocken weiterer Staaten (Brasilien, Indien, Indonesien, Südafrika usw.) zu einem globalen System weiterentwickelt werden. Die ökonomischen Optimierungspotenziale von verlinkten Systemen sind größer als die von Einzelsystemen. Außerdem wird so die Gefahr reduziert, dass emissionsintensive Industrien in Länder ohne Klimaschutzpolitik verlagert werden. Mit dieser Drohung wurden bisher fast alle nationalen Initiativen zur Einführung solcher Systeme politisch blockiert, insbesondere in den USA.

Eine solche zunächst regionale Verlinkung von nationalen Systemen bis 2015 und deren Weiterentwicklung zu einem globalen System bis 2020 sind ambitionierte Ziele, aber durchaus erreichbar. Auch die deutsche Bundesregierung kennt diese Lösungen. Hat sie doch selbst in ihrem eigenen Koalitionsvertrag folgende Festlegungen aufgenommen: "Der Emissionshandel ist das

zentrale Klimaschutzinstrument. Er soll perspektivisch zu einem globalen Kohlenstoffmarkt ausgebaut werden. Wir werden Initiativen ergreifen, um regionale Handelssysteme zu verbinden und in das internationale System schrittweise weitere Bereiche miteinbeziehen." Passiert ist bisher leider noch nichts.

Der Autor ist Berater und war von 2005 bis Juni 2011 Vorsitzender des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz (bvek) e.V. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsbatt.com

Hacker, Ulrich

SE (Seite):012

DE (Thema):Umweltpolitik; Globaler Umweltschutz; Umweltschutz; Umweltbelastung-Klima; Umweltbelastung; Umwelt;

CN (Land):Welt (Internationales) C00WOR;